

# Schutz und Sicherheit. Für Oberösterreich.

GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT



**oövp** |

Die Oberösterreich-Partei



## DIE LAGE

Zeitenwende – Der neue Kalte Krieg .....	4–5
Inflation – Der neue Dauergast.....	6–7
Corona – Das Virus gibt nicht auf.....	8–9
Klimawandel – Eine heiße Sache .....	10–11
Digitalisierung – Chancen für Oberösterreich .....	12
Die globalen Megatrends .....	12–13

## SICHERHEIT

Umfassende Sicherheit – Umfassende Aufgabe.....	14–15
---	-------

## ANTWORTEN

### Schutz des Landes

Starkes Heer – Sichere Neutralität.....	16
Starke Polizei – Sichere Demokratie.....	17
Vorsorge gibt Sicherheit .....	18

### Schutz des Standortes

Blackout ist eine reale Gefahr.....	19
Sichere Energie – Saubere Energie.....	20–21
Die besten Köpfe für Oberösterreich .....	22
Pflege stärken – Zusammenhalt stärken.....	23
Wege aus der Rohstoff-Falle .....	24–25
Kampf gegen Cybercrime .....	25

### Schutz der Lebensgrundlagen

Klimaschutz mit Hausverstand.....	26–27
Sicherheitsfaktor Wald .....	28
Umwelt schützen – Oberösterreich schützen.....	29
Stärke durch sichere Versorgung.....	30–31

### Schutz des Zusammenlebens

Gemeinsam gegen die Teuerung.....	32–33
Wir-Gefühl für ein starkes Oberösterreich.....	34–35
Werte geben Sicherheit.....	36–37
Grenzen schützen – Oberösterreich schützen.....	38–39



## Aus Sicherheit und Orientierung entstehen Mut, Zuversicht und Kraft

Europa, Österreich und Oberösterreich stehen in der gefährvollsten Zeit der Nachkriegsgeschichte. Russland hat den Krieg vor die Tore der EU getragen und damit ein Zeitalter des neuen Kalten Krieges eingeläutet. Dieser Krieg und weiterhin bestehende Schäden durch das Coronavirus lassen die Weltmärkte eskalieren – und treiben auch für die Menschen in Oberösterreich die Preise weiter nach oben. Dazu kommen die Herausforderungen der globalen Umwälzungen in Form von Klimaschutz und Digitalisierung.

All das macht Menschen Angst. Wir müssen alles tun für den Frieden. Umso mehr muss die Politik jetzt auch Verantwortung übernehmen und den Menschen Orientierung sowie Sicherheit geben. Nur so können wieder Mut, Zuversicht und Kraft für den gemeinsamen Weg durch diese Zeit entstehen. Diese Agenda „Schutz und Sicherheit. Für Oberösterreich.“ beinhaltet den Plan der OÖVP für ein sicheres und starkes Oberösterreich. Wobei gerade auch die christlich-sozialen Grundwerte der OÖVP wichtige Antworten für diese Zukunft liefern.

**Thomas Stelzer**  
Landeshauptmann

**Florian Hiegelsberger**  
Landespartei sekretär

# Zeitenwende – Der neue Kalte Krieg

Mit dem Angriff auf die unabhängige Ukraine hat Russland die europäische Nachkriegsordnung zerstört und ein Zeitalter des neuen Kalten Krieges eingeläutet. Putins Kriegsziele enden nicht an den Grenzen der Ukraine. Sein Ziel ist die Destabilisierung Europas – beginnend mit dem Einsatz der russischen Energievorkommen als strategische Waffe.

Die Folgen des Angriffs auf die Ukraine gehen weit über das Leid der Menschen im Land hinaus. Europa, Österreich und Oberösterreich stehen im Bann eskalierender Weltmärkte und Preise. In den westlichen Staaten treiben die Sorgen um russische Gaslieferungen, Preissteigerungen sowie Zukunftsängste bei den Konsumenten die Konjunkturprognosen nach unten.

Hauptgedanken der Menschen in Österreich sind beim Blick auf den Krieg in der Ukraine die Sehnsucht nach Frieden, steigende Lebensmittel- sowie Energiepreise, Energieengpässe und die potenzielle Gefahr einer langwierigen Wirtschaftskrise oder einer anschwellenden Flüchtlingskrise. Daraus leiten sich auch Vorbehalte der österreichischen Bevölkerung gegen eine EU-Annäherung der Ukraine ab.

In den Schockwellen des Ukraine-Konflikts entstehen schon jetzt massive Spannungen – im sozialen Gefüge

innerhalb der europäischen Staaten, in der Versorgung ärmerer Staaten dieser Welt mit Lebensmitteln und in absehbarer Zeit auch auf gesamteuropäischer Ebene bei der Festlegung der weiteren Finanzpolitik. Dazu kommen absehbare Spannungen und Konflikte bei der Festlegung künftiger Handelsregeln.

Erkennbare Bruchlinien auf dem europäischen Kontinent verlaufen dabei zwischen finanziell robusten Staaten in Zentraleuropa und schuldengeplagten Staaten in Südeuropa, zwischen exportorientierten Ansätzen und Abschottungstendenzen, zwischen Rückzug auf europäische Interessen und offensiver Bekämpfung territorialer Vormachtambitionen Russlands oder Chinas.

Europa, Österreich und Oberösterreich sind insbesondere durch das Thema Migration mit Konflikten in aller Welt direkt verwoben. Daher gilt es, nach den Erfahrungen mit jüngsten Konflikten in Syrien und Afghanistan wachsam zu sein, um massive Flüchtlingszuströme wie 2015 rechtzeitig zu unterbinden.

Dahingehend relevante Konfliktszenarien zeigen sich (abseits der Migrationswirkung von Klimawandel und Hungerkrisen) derzeit insbesondere wieder auf dem Westbalkan, in Westafrika sowie angesichts militärischer Pläne der Türkei gegen Regionalherrscher in Nordsyrien.

Dazu kommen anhaltende geostrategische Spannungen zwischen China und Taiwan sowie gefährliche atomare Ambitionen in Iran und Nordkorea.





## Steigende Preise – Teureres Leben

In Europa wird der Höhepunkt der Teuerungswelle von Wirtschaftswissenschaftlern für Herbst 2022 vorhergesagt. Laut EZB kostete der Warenkorb im August 2022 um 9,1 % mehr als ein Jahr davor. Auch für 2023 werden weitere Teuerungen für die Haushalte deutlich über dem 2-Prozent-Ziel der EZB erwartet – laut aktuellen Prognosen plus 5,5 % im Schnitt der Euro-Länder.

Aber die Vorhersagen der Wissenschaft sind klarerweise mit großen Unsicherheiten behaftet. Gründe dafür sind der nicht vorhersehbare Kriegsverlauf in der Ukraine, das Energie-Lieferverhalten Russlands, Unsicherheiten rund um das Coronavirus und die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale.

### Energie ist der stärkste Preistreiber in Österreich

Die Österreichische Nationalbank geht nach Höchstständen in der Jahresteuierung im Juli-Gutachten von weiterhin enorm hohen, aber rückläufigen Inflationsraten aus. Für das Gesamtjahr 2022 wird die Teuerung gegenüber 2021 mit plus 7,6 % angesetzt. Für 2023 rechnet die Nationalbank mit einem Preisanstieg des Warenkorbes um plus 5,0 %, für 2024 mit plus 3,2 %.

Als die stärksten Triebkräfte erweisen sich im österreichischen Warenkorb 2022 die Energiepreise mit plus 37,2 % gegenüber 2021 sowie Nahrungsmittel mit plus 8,0 %. Ohne diese Einflüsse läge die Teuerung des Warenkorbes in Österreich laut Nationalbank heuer bei plus 4,2 % und nicht bei den prognostizierten plus 7,6 %.

### Zinswende nach oben ist da

Nach mehr als zehn Jahren Niedrigstzins-Politik hat die Europäische Zentralbank im Sommer das Steuer umgelegt: Der Leitzins wurde nach oben geschraubt. Angesichts der hohen Inflation und Inflationsprognosen rechnen Experten für die kommenden Monate mit weiteren Zinssprüngen nach oben. Das begünstigt die Sparer und bringt Herausforderungen für Kreditnehmer.

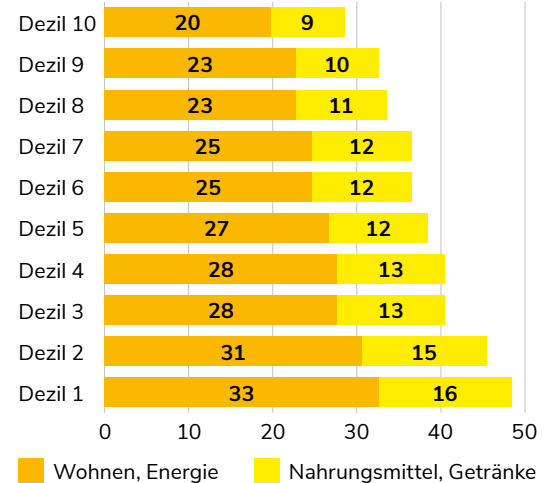
### EZB will Inflation eindämmen

Die Europäische Zentralbank begründet ihre Zinswende mit der enormen Abweichung der aktuellen Inflation vom EZB-Inflationszahl (2 % Jahrestauerung). Gelingen soll diese sukzessive Eindämmung der Inflation, indem höhere Zinsen Inflationserwartungen nach unten drücken und die volkswirtschaftliche Nachfrage stufenweise abflachen.

### Strengere Kreditvergabe

Seit Sommer gelten bei den Banken strengere Regeln für die Vergabe von Wohnraumfinanzierungen. Der Anteil der Eigenmittel muss mindestens 20 % betragen, der Anteil der Rückzahlungen am jeweiligen Nettoeinkommen darf 40 % nicht übersteigen.

### Anteil der Warengruppen an den monatlichen Verbrauchsausgaben nach Einkommensstufen (Dezilen)



Wohnen und Wohnenergie sowie Nahrungsmittel sind Brennpunkte der Teuerungswelle. Mit steigendem Einkommensniveau nimmt in den österreichischen Haushalten die Betroffenheit von diesen Preistreibern tendenziell ab. In den zwei unteren Einkommensklassen entfallen an die 50 % der monatlichen Verbrauchsausgaben auf Wohnen, Wohnenergie und Nahrungsmittel. In der obersten Einkommensstufe ist die Betroffenheit von diesen Preistreibern geringer. Nur 29 % der monatlichen Verbrauchsausgaben entfallen auf Wohnen, Wohnenergie und Nahrungsmittelleinkäufe.



## Gegen Pandemie des Hasses

Anfang März 2020 wurde in Oberösterreich der erste Corona-Infektionsfall bestätigt. Seither wurden mehr als 860.000 positive Testergebnisse vermerkt. Das Coronavirus ist also gekommen, um zu bleiben. Entsprechend muss unsere Gesellschaft lernen, mit der Infektionskrankheit umzugehen. Als zentraler Maßstab muss bei der Festlegung von Schutzmaßnahmen immer die Gefährdungslage für die Stabilität des Krankenhaussystems herangezogen werden. Oberste Prämisse muss das Vermeiden von Lockdowns, Quarantänen und Schul- bzw. Kinderbetreuungsschließungen sein und bleiben. Zentrale Schutzmaßnahmen sind die Impfung bzw. Medikamente, der sorgfältige Blick auf den Gesundheitszustand sowie je nach Infektionslage das Tragen von Schutzmasken.

Insbesondere gilt es weiterhin, Initiativen zu setzen und zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, aus Corona keine Pandemie des gesellschaftlichen Hasses werden zu lassen. Angesichts der Erfahrungen aus früheren Jahren ist davon auszugehen, dass die Infektionen im Herbst wieder deutlich ansteigen werden. Mit Blick auf die Rahmenbedingungen – Teuerungen und unsichere Energieversorgung – darf es keine Aktions- und Agitationsspielräume für gewaltbereite Aufwiegler geben. Dahingehenden Warnungen der Polizeibehörden ist Rechnung zu tragen.

## Schulterschluss gegen Extremismus

Ermittlungsbehörden haben bereits im Frühsommer Tendenzen radikaler Kreise beobachtet, mit Hetze gegen die Ukraine neben dem Thema Corona ein neues Agitationsfeld aufzumachen. Zudem ist zu beobachten, dass diese radikalen Kreise dabei sind, auch das Thema Teuerungen für destabilisierende Agitation heranzuziehen. Umso mehr braucht es auch in Oberösterreich den Schulterschluss aller demokratischen Akteure im Kampf für Freiheit, soziale Hilfen und Demokratie sowie gegen gewaltbereiten Extremismus. Insbesondere muss allen Bürgerinnen und Bürgern stets klar vor Augen geführt werden, welche Personen und welches Gedankengut hinter der Agitation steht.

## Miteinander statt Polarisierung

Mit dem Entfall der Impfpflicht hat die Bundesregierung Ende Juni ein Zeichen für einen neuen Umgang mit Corona und ein neues Miteinander gesetzt. Nunmehr liegt es in der Eigenverantwortung jedes und jeder Einzelnen, den Schutz gegen schwere Coronaverläufe in Anspruch zu nehmen. Alle demokratischen Kräfte sind daher aufgerufen, über die Schutzwirkung der Impfung zu informieren und diese medizinische Frage nicht länger zu einem gesellschaftlichen Spaltplatz werden zu lassen.



# Klima im Wandel – Standort im Wandel

Am Anfang des von Menschen verursachten Klimawandels steht der Treibhauseffekt. Dieser entsteht durch hohe Gaskonzentrationen in der Erdatmosphäre, sodass zwar Sonnenlicht passieren kann, nicht aber die von der Erde ausgehende Wärmeabstrahlung. Ergebnis: Das System Erde erwärmt sich. Mit Auswirkungen auf Wetter und Lebensbedingungen auf dem Planeten.

Zu derart klimawirksamen Gasen bzw. Emissionen rechnet Österreichs Umweltwissenschaft Kohlendioxid, Methan, Lachgas und sogenannte fluorierte Gase. Zum Vergleich der Treibhauswirkung setzt die Forschung die Schadenswirkung (GWP) von Kohlendioxid mit dem Indexwert 1 an. Massiv gefährlicher sind demnach Methan (Indexwert 21 gemessen auf 100 Jahre) und Lachgas (Indexwert 310 gemessen auf 100 Jahre).

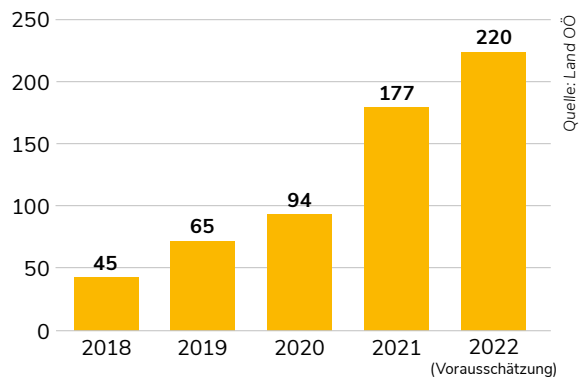
Die Emissionsmengen der klimaschädlichen Gase sind in Oberösterreich höchst unterschiedlich. Laut Umweltbundesamt entfallen 88 % der Treibhausgasemissionen in OÖ auf Kohlendioxid, 6,9 % auf Methan, 3,9 % auf Lachgas und 1,3 % auf fluorierte Gase. Die Emissionen von Treibhausgasen (gerechnet in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten) setzt das Umweltbundesamt für die letzte Messung in OÖ mit 22,9 Millionen Tonnen an. Macht ein Drittel Anteil an den österreichweiten Emissionen und pro Kopf in OÖ einen (tendenziell rückläufigen) Wert von 15 Tonnen pro Kopf und Jahr.

Der Klimawandel (Treibhauseffekt) ist in Österreich laut Umweltbundesamt angekommen und spürbar: „Bereits heute liegt die mittlere globale Temperatur um rund 1,2 °C über dem vorindustriellen Niveau und die Jahre 2014–2020 waren die wärmsten der bisherigen Messgeschichte.“

Laut ZAMG war der Sommer 2022 in Österreich vergleichsweise heiß und trocken. Konkret deuten die vorliegenden Daten darauf hin, dass der Sommer 2022 der wärmste seit 250 Jahren sein wird.



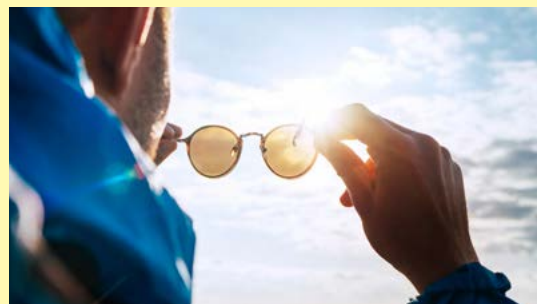
## Jährlicher Photovoltaik-Zubau in Oberösterreich in Megawatt



Der jährliche Zuwachs an Sonnenstrom hat sich in OÖ im Vergleich der vergangenen Jahren vervielfacht. Im Jahr 2018 lag der jährliche Ausbau noch bei 45 Megawatt, im Jahr 2021 wurde ein jährlicher Zuwachs von 177 Megawatt erreicht. Die Zahl der Sonnenstrom-Anlagen ist im Zeitraum von 30.000 auf 48.400 gestiegen.

## Höhere Temperaturen, nicht mehr Sommerregen

Die Langfristprognose bis 2100 für Oberösterreich zeigt den Klimawandel auf. Die Meteorologen rechnen mit „signifikant steigenden Durchschnittstemperaturen“ – und das in allen Regionen und sowohl im Winter als auch im Sommer. Die Zahl der Hitzetage über 30 °C nimmt zu, die Zahl der Eistage unter 0 °C ab. Für die Wintermonate zeichnen sich spürbar höhere Niederschlagsmengen ab, für den Sommer dagegen nur stabile bis leicht sinkende Niederschlagsmengen.



# Oberösterreich in der digitalen Welt

Oberösterreich ist Exportland Nummer 1, die Exportquote in der Industrie liegt bei über 60 %. Daher muss OÖ auch im digitalen Wandel vorne dabei sein. Innovation und Technologie sichern Arbeitsplätze und Wohlstand. Laut WIFO liegt Österreich derzeit bei Verbreitung und Nutzung digitaler Technologien noch hinter vergleichbaren europäischen Ländern.

Daher definieren die Ökonomen vier Handlungsfelder: Priorisierung der IKT-Politik, Prozessbegleitung für Firmen, Bereitstellung digital ausgebildeter Fachkräfte und Ausbau leistungsfähiger Internetleitungen.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt bezeichnen die Wirtschaftsforscher die Digitalisierung als „gestaltbaren Prozess“. Die Antwort von Politik und Gesellschaft muss daher lauten: digitale Ausstattung der Schulen, leistungsfähige Angebote der Aus- und Weiterbildung in allen Phasen des Berufslebens und existenzsichernde Netze für die Zeit der Weiterbildung.

Oberösterreich setzt bei der Mitgestaltung des digitalen Zeitalters einen wissenschaftlichen Meilenstein: Das „Institute of Digital Sciences Austria“ mit Standort Linz wird zum Impulszentrum und zum wachsamem Begleiter gesellschaftlicher Umbrüche durch die Digitalisierung.

## Knappheit

Europa geht in ein Zeitalter hoher Preise. Die Inflationsraten werden nicht wieder auf den Stand vor der Ukraine Krise zurückkehren. Gründe dafür sind das Sinken der Erwerbsbevölkerung, Tendenzen einer Deglobalisierung und Rohstoffknappheiten.

## Umwelt

Nachhaltigkeit ist das große neue Paradigma im Denken und Handeln der Konsumenten und Firmen. Daraus entsteht ein neuer gesellschaftlicher Wertekodex, dem sich auch Regierungen und politische Entscheidungsträger zu widmen haben werden.

## Richtig oder falsch?

Der jetzige Vertrauensverlust etablierter gesellschaftlicher Kräfte ist ein Auftrag. Immer neue Anbieter von Informationen tauchen auf. Für die Bürgerinnen und Bürger wird es immer schwieriger, Richtig von Falsch zu trennen. Es kommt das Zeitalter gezielter Desinformation.

## Leben aus dem Labor

Im Zusammenwirken von Biologie und Technologie entstehen neue Wege in die Zukunft der Menschheit. Mikroorganismen wie Bakterien, Viren und Pilze liefern neue Lösungen für globale Probleme. Der Nachbau biologischer Systeme im Labor wird die Revolution des 21. Jahrhunderts.

# Globale Megatrends



## Cyberkriege

Im Wettlauf um Technologieführerschaft und Innovation entstehen rund um den Erdball neue Formen der Konfliktführung. Die neuen strategischen Waffen in Wirtschaft und Machtstreben sind Cyberangriffe und die Verbreitung gezielter Desinformation.

## Daten sind das neue Gold

Daten sind für Volkswirtschaften das neue Gold. Geliefert wird dieses neue Gold durch Erfassung und Auswertung individueller Verhaltensweisen. Daraus entstehen in den Volkswirtschaften neue Wege und Möglichkeiten, das Verhalten der Staatsbürger zu lenken.

## Neue Lebenswege

Lebensführung und Lebensplanung ändern sich. Die bisher gewohnten Grenzen zwischen Arbeit, Lernen und Freizeit werden zunehmend verwischt. Balance und Schwerpunktsetzung ändern sich im Leben der Menschen nach den gerade aktuellen Lebensumständen.

## Neues Denken

Wie Menschen denken, wird auch von der technologischen Umgebung mitbestimmt. Wie sich die Technik ändert, wird sich auch das Denken der Menschen ändern. Treiber dieses neuen Denkens sind Künstliche Intelligenz, Robotik und autonomes Fahren.



# Umfassende Sicherheit für Oberösterreich

In unsicheren Zeiten den Menschen Schutz und Sicherheit geben: Das ist Kernauftrag der OÖVP in diesen Tagen. So vielfältig Gefahrenlagen und Alltag der Menschen, so vielfältig sind auch die Bedürfnisse nach Schutz und Sicherheit. Daher versteht die OÖVP den Begriff „Sicherheit“ auch so weitreichend. Entsprechend umfassend wird das Thema in dieser Agenda abgehandelt. Dabei steht immer eine Definition von Sicherheit im Mittelpunkt: „Sicherheit ist das höchstmögliche Freisein von Gefährdungen.“

*(Quelle: Duden)*

## UMFASSENDE ANSATZ

Die vorliegende OÖVP-Agenda „Schutz und Sicherheit. Für Oberösterreich.“ geht in der Sachdimension von einem umfassenden Ansatz aus. Es geht um die Zukunft der bewaffneten Sicherheitskräfte ebenso wie um die Sicherstellung der Produktionsbedingungen am Wirtschaftsstandort Oberösterreich und um Maßnahmen zum Erhalt der Qualität unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Ein großes Kapitel widmet sich auch der Sicherstellung eines geordneten sozialen Zusammenlebens und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es braucht den gemeinsamen Schutz unserer Werte und unserer Demokratie.

## GESELLSCHAFT BIS EINZELPERSON

Es geht in dieser Agenda also um alle Bereiche der Referenzdimension: Es geht um den Schutz von staatlicher Ordnung und Demokratie, um den Schutz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens mit- samt den Grundwerten unserer Gesellschaft und immer auch um den Blick auf Einzelschicksale sowie auf Maßnahmen zur Linderung individueller Gefährdungs- oder Notlagen.

## FOKUS AUF ÖSTERREICH UND OÖ

Im Mittelpunkt der Analyse und Maßnahmen stehen immer Handlungsfelder in Oberösterreich und Österreich – wobei die akuten Herausforderungen (Krieg, Corona, Weltmärkte, Klimawandel, Digitalisierung, Migration etc.) immer einen Konnex zu internationalen bzw. globalen Fragestellungen herstellen.

## RISIKEN UND NEUE BEDROHUNGEN

Die Alarmlampen in dieser Agenda „Schutz und Sicherheit für Oberösterreich“ leuchten unterschiedlich grell auf: Es geht um Maßnahmen gegen bekannte oder absehbare Risiken ebenso wie um das Ausmerzen absehbarer Verwundbarkeiten und um Schutzmaßnahmen gegen die sich vor Oberösterreich neu auftürmenden Bedrohungen und Herausforderungen.

# Starkes Heer – Sichere Neutralität

- Der Schutz der Neutralität durch „Umfassende Landesverteidigung“ ist ein Auftrag aus der Verfassung. Dahingehend braucht Österreich ein neues Verteidigungsparadigma: „Was kann jeder/ jede Einzelne zu Österreichs Umfassender Landesverteidigung beitragen?“
- Militärische Landesverteidigung liegt laut Verfassung in den Händen des Bundesheeres, das nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten ist. Daher braucht es in Österreich ein neues politisches, finanzielles und gesellschaftliches Bekenntnis zu dieser Miliz und zum Bundesheer generell.
- Umfassende militärische Landesverteidigung erfordert eine umfassend, rasch und flächendeckend einsatzbereite Armee. Dieser Aufbaupfad für das Bundesheer muss im Sinne unserer Sicherheit jetzt umgehend politisch abgesichert und konsequent beschritten werden.
- Angesichts der Rückkehr der konventionellen Kriegsführung müssen in den vergangenen Jahren finanziell und faktisch vollzogene Standort-, Strategie- und Beschaffungs-Restrukturierungen neu vermessen und wo erforderlich angesichts der neuen Sicherheitslage angepasst werden.



Foto: © Bundesheer/Guenter Filzwieser

- In Anbetracht des demografischen Wandels in der österreichischen Bevölkerung braucht es im Sinne von Grundausbildung, Kaderstand und Miliz eine offensive Personalrekrutierung (Employer-Branding) sowie daraus resultierend mehr Personalressourcen für die kämpfende Truppe.

# Starke Polizei – Sichere Demokratie

- Umfassende Landesverteidigung beinhaltet in Österreichs Verfassung die Aufgabe Geistiger Landesverteidigung. Daher braucht es angesichts von Krieg, gesellschaftlicher Rissbildung und Migration eine Offensive zur Darlegung und Verteidigung der demokratischen Grundwerte.
- Polizei und Justiz müssen auf Basis des Rechtsstaates alle zulässigen und erforderlichen Instrumente in die Hand gegeben werden, um gegen Gegner unserer Demokratie (Reichsbürger, Staatsverweigerer, Extremisten usw.) entschieden einschreiten zu können.
- Angesichts extremistischer und bedrohlicher Vorgänge im Rahmen jüngster Aufmärsche braucht es strikte Klarstellungen im Versammlungsgesetz. Insbesondere hinsichtlich Untersagungsgründen bzw. der Festlegung von Demo-Routen und Schutzzonen. Zudem müssen die Strafen bei Übergriffen auf Sicherheitskräfte verschärft werden.
- Angesichts wiederkehrender gefährlicher Aktivitäten junger Täter(gruppen) im urbanen Raum braucht es verschärfte Regelungen im Jugendstrafrecht und begleitend dazu behördliche Sanktionsmöglichkeiten in Form integrationspolitischer oder aufenthaltsrechtlicher Auflagen.



- Bedrohungsbilder wie Cybercrime, Cyberangriffe und Fake-News-Wellen erfordern von einer wehrhaften Demokratie entschiedene Gegenmaßnahmen. Daher müssen Polizei, Verfassungsschutz sowie Geheimdienste entsprechend geschult und ausgerüstet werden.



## Vorsorge gibt Sicherheit

Krieg, Cyberangriffe, Coronavirus, Energieunsicherheit, Lieferkettenprobleme: Die derzeitige Weltlage führt die Fragilität in Österreichs Versorgungssystemen klar vor Augen. Insofern muss in der Bevölkerung im Rahmen des Zivilschutzes das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Eigenvorsorge, Selbstschutz, Bevorratung, Warnsignale und technische Krisenhilfsmittel deutlich geschärft werden.

Eine im Vorjahr präsentierte Umfrage zeigt das hohe Interesse der öö. Bevölkerung an Informationen über Zivilschutz und Vorsorge: 95 % halten diese Sensibilisierung für „sehr wichtig“ oder „einigermaßen wichtig“. Gleichzeitig zeigt sich aber, dass nur 15 % der Menschen ihren Haushalt sehr gut auf einen Katastrophenfall vorbereitet sehen. Grundsätzlich festzustellen ist jedoch, dass durch Corona das Vorsorgebewusstsein gestiegen ist.

Seitens der Einsatzorganisationen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Katastrophenfall niemand damit rechnen könne und dürfe, überall, sofort und umfassend versorgt werden zu können. Zudem müsse sich die Bevölkerung zeitgerecht ein klares Bild darüber verschaffen, welche verschiedene Angebote und Serviceleistungen im Krisenfall urplötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen könnten.

## Hitzeschutz neue Herausforderung

Mit dem voranschreitenden Klimawandel steigt auch in Oberösterreich das Risiko von längeren Hitzeperioden. Als besonders gefährdet gelten in Hitzeperioden Säuglinge, Kinder, ältere Menschen sowie (chronisch) kranke Personen. Vor diesem Hintergrund und im Sinne der Sicherheit wird das Land OÖ gemäß dem Grundgedanken des Zivilschutzes einen starken Fokus auf Hitzeschutz richten. Dabei geht es insbesondere um erforderliche Eigenvorsorge sowie nützliche Alltagstipps und z. B. auch um Hinweise auf öffentlich zugängliche Kühl- und Ruheinseln oder um Hitzeschutz-Vorkehrungen für öffentliche Einrichtungen.

Zudem muss das Gefüge der oö. Einsatzkräfte laufend einem Stresstest unterzogen werden, inwieweit hitzeresistente Ausrüstungen für einen Hitze-Katastrophenfall zur Verfügung stehen bzw. beschafft werden müssen.



## Blackout ist eine reale Gefahr

Angesichts aktueller Bedrohungslagen muss der Blackout-Vorsorge höchstes Augenmerk geschenkt werden. Betroffen sein können von einem großflächigen und langwierigen Ausfall (Blackout) Stromversorgung, Infrastruktur, Versorgungsketten oder Internet(gesteuerte)-Infrastruktur. Ausgelöst werden kann ein Blackout durch Sabotage, Hacker, Unwetter oder das Einknicken technischer Komponenten. Experten warnen, dass im Lauf der kommenden fünf Jahre in Österreich mit einem Blackout zu rechnen sei.

Punktuelle Stresstests haben zuletzt gezeigt, wie weitreichend die Auswirkungen eines Blackouts sein können und wie knapp bemessen private und öffentliche Vorkehrungen derzeit noch sind. In Abstimmung zwischen Bundesregierung und Land OÖ sollen in Oberösterreich sogenannte „Schutz und Hilfe“-Zonen zur Bewältigung von Extremereignissen geschaffen werden. Als Zentrum einer solchen Zone ist eine erste autarke Bundesheer-Kaserne (Fliegerhorst Vogler) als Anlaufstelle für zivile Behörden und Blaulichtorganisationen geplant.



# Mit geballter Kraft in die Energiezukunft

Oberösterreich geht bei der Konzeption seiner Energiezukunft neue Wege: In Form einer „Integrierten Klima- und Energiestrategie“ werden zwei zentrale Herausforderungen in einem gemeinsamen Plan angegangen. Ganz nach dem oberösterreichischen Motto „Klimaschutz durch Technologie und nicht Klimaschutz statt Technologie“. So sind auch die Kernziele des neuen Programms bereits klar. Es geht um die nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze. Klima und Standort treffen dabei in sechs Strategiekapiteln aufeinander: Verkehr, Energie, Gebäude, Gesundheit, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft.

Über allem stehen drei Zielsetzungen: Erstens die Erreichung von Klimaneutralität in Oberösterreich bis 2040. Zweitens die Erreichung der Zielmarke, wonach in Oberösterreich schon 2030 90 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommen sollen. Und drittens die Anpassung der oberösterreichischen Zielwerte an die aktuellen Zielwerte von Klimaschutzabkommen, EU und Bund. Schon jetzt nimmt Oberösterreich im nationalen Vergleich bei Biomasse-Energie, Wasserkraft und bei der Gewinnung von Sonnenenergie eine Spitzenposition ein. Positiver Nebeneffekt: Oberösterreich ist auch bei Entwicklung, Herstellung und Export von Umwelttechnik ein Spitzenreiter.



### **Ein Drittel aus nicht-fossilen Quellen**

Ein Drittel des Energieverbrauchs in OÖ kommt schon heute aus erneuerbaren Quellen. Hauptsächlich sind dies Biomasse und Wasserkraft. Am höchsten ist der Anteil erneuerbarer Energie bei Strom (84,3 %). Dahinter folgt die Raumwärme mit einem erneuerbaren Anteil von 60,9 %.



### **Sonnenenergie wird verzehnfacht**

Strom kommt in Oberösterreich schon heute zu 84 % aus erneuerbaren Quellen – schwerpunktmäßig aus Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik. Bis 2030 soll die Produktion von Sonnenenergie in OÖ verzehnfacht werden. Insbesondere durch Photovoltaik-Anlagen auf landesweit bis zu 200.000 Dächern. Auch sinnvolle Windpotenziale werden genutzt.



### **1 Milliarde Euro für Stromnetz**

Im Verlauf der kommenden Jahre fließt in Oberösterreich laut Plänen der Energiewirtschaft 1 Milliarde Euro in den Ausbau der Stromnetze. Damit soll im neuen Energiezeitalter die bisherige Energiesicherheit gewahrt bleiben. Auf diesem Weg muss es aber seitens des Bundes zu einer gesetzlich fixierten Beschleunigung der Genehmigungen kommen.

# Die besten Köpfe für Oberösterreich

Sicherung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich heißt Sicherung des Angebotes an gut qualifizierten Arbeitskräften. Aktuell zeigen die Beschäftigungszahlen im Bundesland stark nach oben – und dies trotz ungünstiger Rahmenbedingungen im globalen Umfeld. Ende 2019 waren laut AMS in Oberösterreich 665.051 Menschen in unselbstständiger Beschäftigung, aktuell sind es mehr als 700.000. Aus der einstigen Fachkräfte-Knappheit ist am Standort Oberösterreich längst eine allgemeine Arbeitskräfte-Knappheit geworden.

Der Fachkräfte-Monitor zeigt, wie dynamisch sich der Standort OÖ bei stabilen Rahmenbedingungen entwickeln würde. Von 2022 bis 2030 würde der Bedarf an Arbeitskräften um 40.000 steigen. Gleichzeitig sorgt die Alterung der Gesellschaft laut der Prognose dafür, dass das Arbeitskräfte-Potenzial in OÖ im Jahr 2030 um 63.000 niedriger sein wird als jetzt. Heißt: Ohne Gegenmaßnahmen geht die Arbeitskräfte-Lücke von derzeit 26.000 gesuchten Personen auf 129.000 gesuchte Personen im Jahr 2030 auf.

Daher braucht es nun ein starkes Miteinander in der Standortpolitik, ein gemeinsames Bekenntnis zu Bildung und Qualifizierung in Oberösterreich sowie qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland.

## Qualifizierte Zuwanderung

Wie im Regierungsübereinkommen vorgesehen, wird sich Oberösterreich zur Sicherung des Arbeitskräfte-Potenzials auch um qualifizierten Zuzug aus dem Ausland bemühen. Dafür braucht es die laufende und entsprechende Adaptierung bundesgesetzlicher Vorgaben an neue Gegebenheiten.

## Erweiterter Suchradius

Aktuelle Prognosen zeigen bis 2050 ein Schrumpfen der Aktivgeneration in 22 der 27 EU-Staaten. Für die zuletzt starken Zuwanderungsländer nach Österreich (Rumänien, Deutschland, Kroatien, Ungarn) zeigen sich auch diese Rückgänge. Daher müssen andere Regionen in den Fokus rücken.

## Alle Bildungsstufen, alle Regionen

Der Arbeitskräftemangel zieht sich in Oberösterreich durch alle Bildungsstufen und alle Regionen. Laut Fachkräfte-Monitor werden bis 2030 60.000 Lehrabgänger, 27.000 Schulabgänger, 24.000 Akademiker und 18.000 Anlernkräfte gesucht. Der Sitz der suchenden Betriebe liegt dabei schwerpunktmäßig im Ballungsraum Linz-Wels.



# Fachkräfte für ein würdevolles Altern

Die Zahl der Über-75-Jährigen in OÖ steigt bis 2040 um 95.000 Personen. Die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf nimmt im Zuge dieser Entwicklung bis 2040 um 40.000 zu. Entsprechend stark nimmt auch der Personalbedarf in Pflege und Betreuung zu. Damit Oberösterreich auch weiter ein Land des sozialen Zusammenhalts bleibt, gibt es daher ein klares Ziel und einen klaren Plan: Bis 2030 müssen 1.500 Menschen für eine berufliche Tätigkeit in der Altenpflege gewonnen werden. Als strategische Ansätze zur Erreichung dieses Personalzieles wurden in Oberösterreich von Land Oberösterreich, Gemeindebund und Städtebund unter anderem folgende Schwerpunkte verfolgt: Begeistern von Berufseinsteigern und Berufsumsteigern für den Pflegeberuf, Attraktivierung der Ausbildung und Maßnahmen zur Entlastung der Pflegekräfte.

## OÖ STARTET PFLEGESTIPENDIUM

Einen ersten Akzent gibt es schon ab Herbst: Wer in Oberösterreich eine Ausbildung im Pflegebereich in Angriff nimmt, erhält ein monatliches Pflegestipendium von 600 Euro. Mit der Auszahlung dieses Zuschusses soll sichergestellt werden, dass am Pflegeberuf interessierte Personen nicht länger aus familiären finanziellen Verpflichtungen auf den tatsächlichen Einstieg in die Ausbildung verzichten. Oberösterreich braucht in der Pflege jede helfende Hand.

# Wege aus der Rohstoff-Falle

Nach den bösen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Energie-Abhängigkeit von Russland ist es klares Ziel des starken Wirtschaftsstandortes OÖ, auf nationaler und EU-Ebene dafür zu sorgen, dass im gesamten Rohstoffbereich nicht länger die gleiche Abhängigkeitsfalle angesteuert wird.

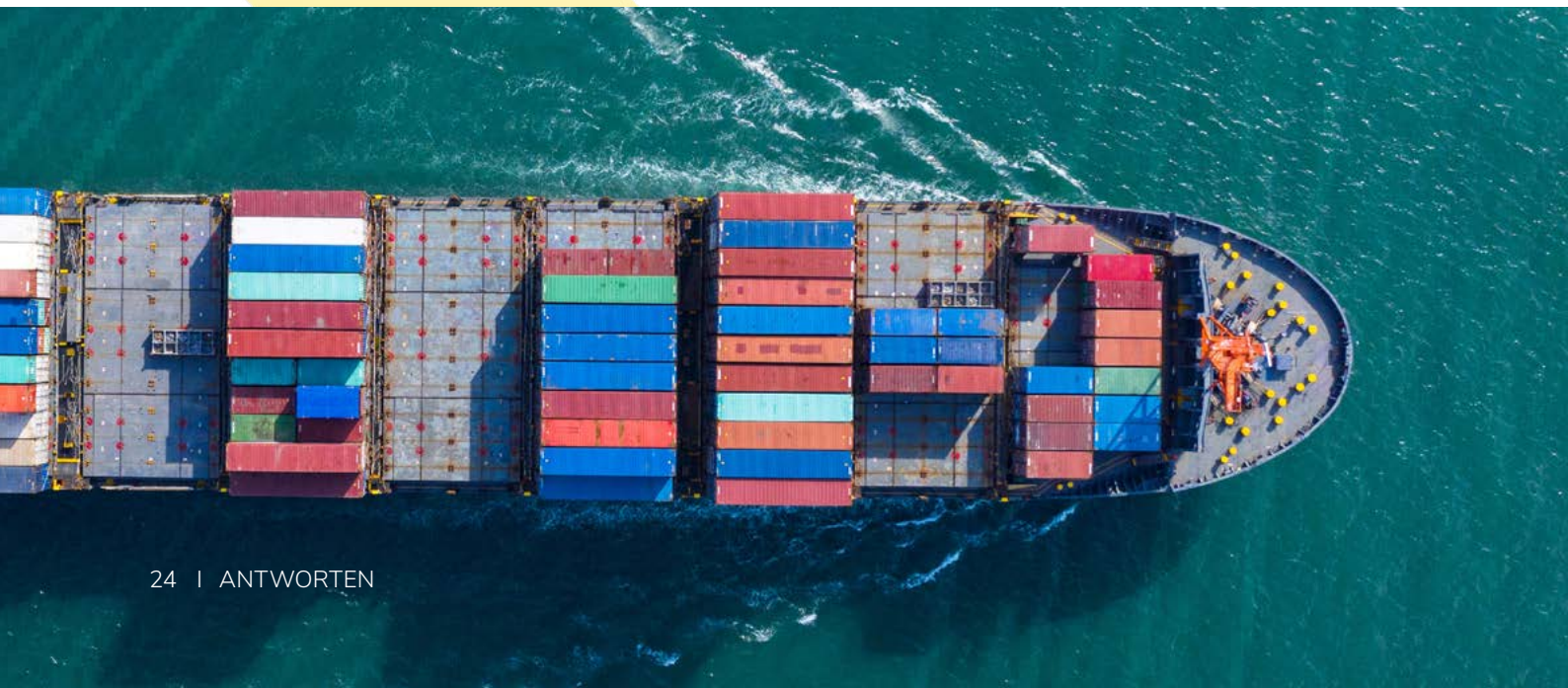
Die derzeit starken Preisanstiege bei Rohstoffen sind auf drei Faktoren zurückzuführen: tatsächlich knappe Vorkommen, Lieferkettenprobleme und panikartige Hamsterkäufe auf dem Weltmarkt.

Ein EU-Aktionsplan listet bereits 30 Mineralien auf, die für die EU von entscheidender wirtschaftlicher

Bedeutung sind, gleichzeitig aber mit hohem Versorgungsrisiko behaftet sind. Dabei zeigen sich enorm hohe Lieferabhängigkeiten insbesondere von China, der Türkei und afrikanischen Regionen.

Daher müssen gemäß dem EU-Aktionsplan umgehend die Weichen neu gestellt werden – hin zu einer Diversifizierung von Lieferländern sowie hin zum Aufbau eines leistungsfähigen Modells für Recycling und Weiterverwendung von Rohstoffen im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft.

Dies insbesondere mit Blick auf das Faktum, dass speziell Zukunftsbranchen stark von den weltweit knappen Rohstoffen bzw. von einzelnen Lieferländern abhängig sind: E-Mobilität, Windkraft, Photovoltaik, Drohnenbau, 3D-Druck, Informations- und Kommunikationstechnologien.





## Systemrelevante Produktion nach Europa holen

Die OÖVP unterstützt Bestrebungen der EU, nach den Erfahrungen von Corona, Krieg und turbulenten Weltmärkten systemrelevante Produktionsstufen und Vorleistungen wieder im europäischen Raum anzusiedeln. Studien deuten darauf hin, dass dahingehend insbesondere die Produktzuflüsse in folgende Wirtschaftssektoren in Augenschein zu nehmen sind: Nahrungsmittelproduktion, Handel und Großhandel, Logistik, Metallerzeugung, Maschinenbau, chemische Industrie, Fahrzeugbau, Baustoffe und Verkehrsdienstleister.

All diese Wirtschaftssektoren sind nämlich insofern systemrelevant, als sie stark mit dem Rest der Wirtschaft verwoben und daher potenzielle Krisen- oder Engpassfaktoren sind. Individuell strategisch relevant sind im Grunde alle Produkte für den täglichen Bedarf sowie für Gesundheit und Pflege.

## Cybercrime-Anzeigen verdreifacht

Sicherheit für Oberösterreich heißt insbesondere auch Schutz vor kriminellen Attacken aus dem Internet. Laut BMI hat sich in Österreich die Zahl der angezeigten Cybercrime-Fälle zwischen 2017 (16.804) und 2021 (46.179) nahezu verdreifacht. Experten sehen dabei insbesondere das stark ansteigende Tatmuster, Betriebe zu schädigen, indem Rechnungen manipuliert und die entsprechenden Geldflüsse damit umgelenkt werden. Zudem sei ein starker Anstieg bei Fällen der Industriespionage zu beobachten.

Daher müssen im Sinne der Sicherheit am Wirtschaftsstandort OÖ Initiativen gesetzt werden, insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben das Bewusstsein für Datensicherheit und Betrugsabwehr zu schärfen. Dabei setzt OÖ auch auf die führende Rolle der Universitäten und des Softwareparks Hagenberg. Dieser soll laut Regierungsprogramm zu einem internationalen Zentrum für IT-Sicherheit werden.



# Klimaschutz mit Hausverstand

Das Ziel Oberösterreichs ist klar: Erreichen der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Wettbewerbsfähigkeit und Sozialverträglichkeit.

Klimaneutralität bedeutet laut Auslegung von UNO und EU: Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und der Bindung/Aufnahme von Emissionen in sogenannten Treibhausgas-Senken.

Der Klimaschutzbericht 2021 des Umweltbundesamtes nennt Wald, Aufforstung und Holzprodukte als Treibhausgas-Senken in Österreich. Für Österreichs Wälder wird die Absorptionsfähigkeit bei Treibhausgasen 2019 mit 4,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten angesetzt. Dies entspricht 5,4 % der abseits der Wälder erzeugten Treibhausgasemissionen Österreichs.

Bleibt die große Herausforderung, in Oberösterreich die Treibhausgasemissionen (22,9 Millionen Tonnen im Jahr 2019) auf das Niveau der verfügbaren natürlichen Senken zurückzuführen. Dann ist Klimaneutralität erreicht. In Summe stammten 2019 drei Viertel der Treibhausgasemissionen in Oberösterreich aus der Industrie und dem Verkehr. Dort liegen also die großen Hebel auf dem Weg zur angepeilten Klimaneutralität Oberösterreichs.



## Zukunft gehört dem öffentlichen Verkehr

Der Verkehrssektor ist in Oberösterreich der zweitstärkste Emittent von Treibhausgasen. Daher gilt es, auf dem Weg zur Klimaneutralität dort weiterhin starke Akzente zu setzen. Aktuelle Studien unterstreichen die großen Erfolgsaussichten dieses Ansatzes: Demnach fallen pro Personenkilometer im PKW Treibhausgasemissionen von 146,4 Gramm an, im Linienbus dagegen nur 44,2 Gramm, bei der Bahn sogar nur 6,9 Gramm.



### **Prozesswärme und Motorbetrieb**

Der Energieeinsatz in der öö. Industrie basiert zu großen Teilen auf Erdgas und Strom. Daher wird es bei der Transformation stark auf dekarbonisierte Ersatzlösungen in diesen Einsatzbereichen ankommen. Primär geht es dabei um neue Formen der industriellen Prozesswärmeerzeugung sowie um nachhaltigen Betrieb von Elektromotoren in Fertigung und Logistik.

### **Zukunftsfeld Wasserstoff**

Im Zuge der bundesweiten Wasserstoff-Strategie peilt OÖ eine Spitzenstellung an. Dies gilt sowohl in Hinblick auf industrielle Prozesse, die nicht auf erneuerbaren Strom umgestellt werden können, als auch hinsichtlich neuer Möglichkeiten zur Speicherung von Sommer-Energie für die Wintermonate.

### **Heimische Gas-Förderung forcieren**

Gas bleibt laut Experten noch für Jahre eine Brückentechnologie auf dem Weg zu einem klimaneutralen Standort 2040. Daher sollten Anstrengungen verstärkt werden, mittels umweltschonenden Bio-Frackings inländische Gasreserven zu fördern. Immerhin verfolgt Österreich das Ziel, Importabhängigkeit abzubauen.

# Stabile Wälder – Sichere Heimat

Mehr als 40 % der Landesfläche Oberösterreichs sind Waldbestand. Damit verfügt das Bundesland über einen großen grünen und nachhaltigen Sicherheitsgaranten. Wald und Holzprodukte sind nicht nur wichtige natürliche Speicher für das Treibhausgas Kohlendioxid. Wälder schützen vor Steinschlag, Hangrutschungen und Lawinen. Wälder sorgen für Luftfilterung und Temperaturregulierung. Und Wälder sind unsere Wasserspeicher, da sie die Niederschläge nicht oberflächlich abfließen lassen, sondern an das Grundwasser abgeben. Wälder sind Schutz der Artenvielfalt. Summa summarum sind die heimischen Wälder damit gerade in Zeiten des voranschreitenden Klimawandels starke Faktoren für den Schutz und die Sicherheit Oberösterreichs. Dies auch mit Blick auf die Vorlieben unserer Urlaubsgäste und auf die Sehnsucht nach (kühlen) Bewegungsräumen.

Wälder schützen aber nicht nur gegen klimabedingte Gefahren, Wälder brauchen auch selbst Schutz vor klimabedingten Gefahren. Daher tritt die OÖVP für widerstandsfähige, temperaturresistente Mischkulturen ein. Diese sind auch weniger anfällig für Schädlingsbefall. Im Sinne des Klimaschutzes, der Energiesicherheit, der Rohstoffsicherheit sowie im Sinne einer wirtschaftlichen Basis muss die eingeschlagene Holz(bau)-Offensive konsequent fortgeführt werden.

## **Zukunft des Tourismus**

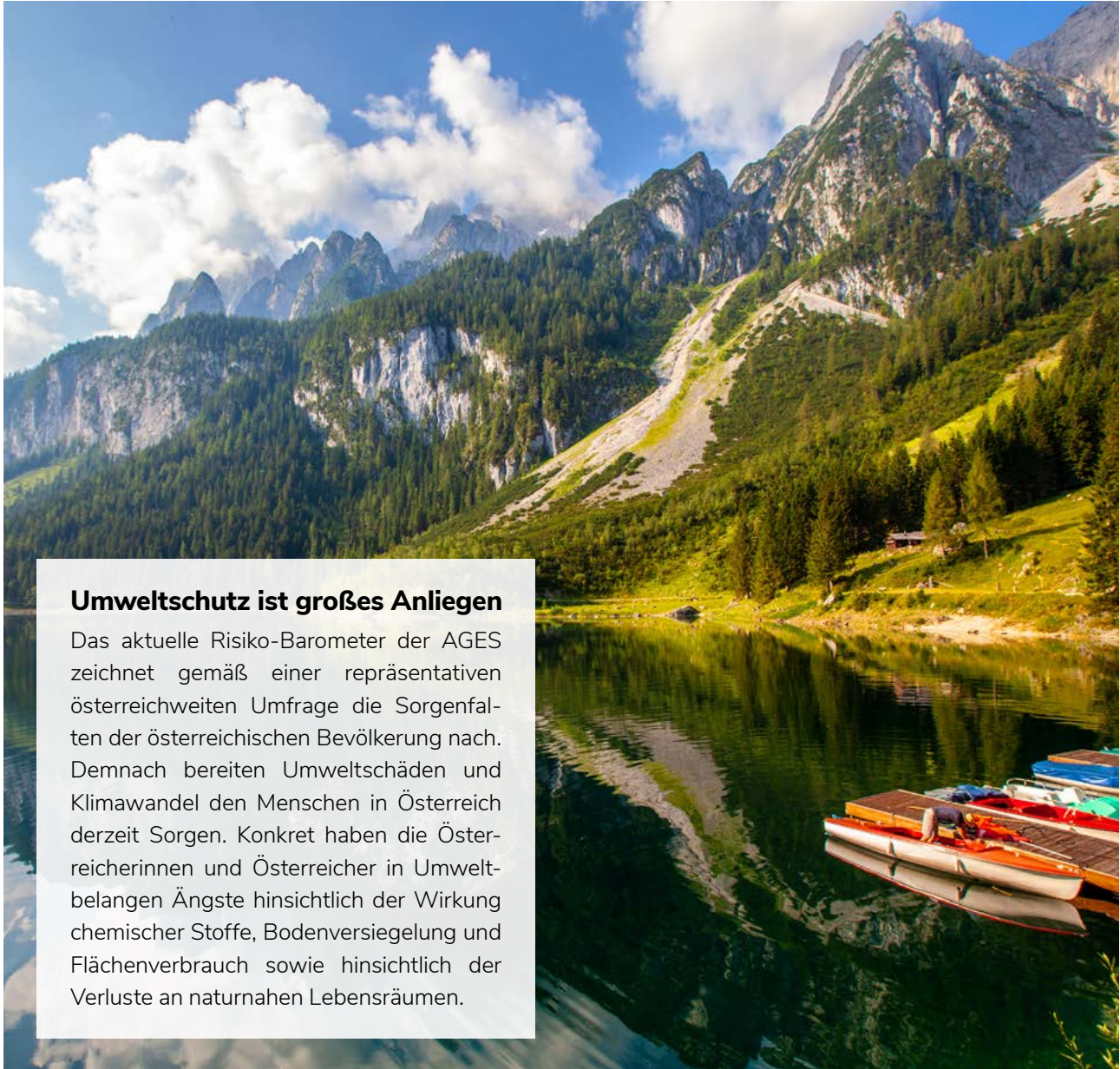
Die Auswirkungen des Klimawandels gehen auch an Tourismusangeboten nicht spurlos vorüber. Als gestärkte Erfolgsfaktoren können etwa Wellness, Urlaubsangebote an Seen, in kühlen Wäldern oder auf Almen ausgemacht werden. Zudem gibt es Vorschläge und Bestrebungen, Oberösterreich als Destination für Sport auch in den Wintermonaten neu zu positionieren.

## **Sicherheit auf Wegen und Routen**

Sicherer Tourismus heißt auch sichere Routen und Anfahrtswege. Daher müssen alle Initiativen unterstützt werden, die darauf ausgerichtet sind, Gefahrenquellen für klimabedingte Felsbrüche und Hangrutschungen rechtzeitig ausfindig zu machen und zu beheben.

## **Härtere Strafen für Naturzerstörer**

Umwelt, Natur und Artenvielfalt sind Schätze, die nachhaltig zu pflegen und zu schützen sind. Daher unterstützt die OÖVP Bestrebungen, Strafverschärfung für die vorsätzliche Schädigung des geschützten Tier- und Artenbestandes umzusetzen. Gleichmaßen muss in OÖ durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für Natur und Umwelt weiter gestärkt werden.



### **Umweltschutz ist großes Anliegen**

Das aktuelle Risiko-Barometer der AGES zeichnet gemäß einer repräsentativen österreichweiten Umfrage die Sorgenfalten der österreichischen Bevölkerung nach. Demnach bereiten Umweltschäden und Klimawandel den Menschen in Österreich derzeit Sorgen. Konkret haben die Österreicherinnen und Österreicher in Umweltbelangen Ängste hinsichtlich der Wirkung chemischer Stoffe, Bodenversiegelung und Flächenverbrauch sowie hinsichtlich der Verluste an naturnahen Lebensräumen.



## **Sicherheit in Energie und Versorgung**

Die wertvollen agrarischen Nutzflächen in Oberösterreich sind Eckpfeiler einer sicheren Produktion hochwertiger Lebensmittel.

Daher wird die OÖVP den im Regierungsprogramm festgelegten Grundsatz entschieden weiterverfolgen: „Die besten Agrarflächen sollen für die Produktion unserer regionalen Produkte gesichert werden.“

Diesem Grundsatz wird auch die weitere Forcierung der Sonnenstrom-Produktion gerecht. Nur die beiden untersten Stufen der Bodenbonität sind für die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen freigegeben. Auf Flächen der Bonitätsstufe 3 ist nur ein Mischbetrieb aus Energieproduktion und agrarischer Produktion zulässig. Felder der Bonitätsstufen 4 und 5 bleiben weiterhin der landwirtschaftlichen Produktion und Nutzung vorbehalten.

# Stärke durch sichere Versorgung

Der EU-Binnenmarkt für Nahrungsmittel und Getränke muss für Krisenzeiten zu einem strategischen Sicherheitsbündnis aufgewertet werden. Im Sinne der Versorgungssicherheit innerhalb der EU gilt es, insbesondere jene strategischen Schwachstellen zu beheben, die im Bereich von Vorleistungen und Betriebsmitteln nach wie vor durch hohe Abhängigkeit von Importen bestehen. Diese Schwachstellen zeigen sich insbesondere bei Energie, Düngemitteln und Tierfutter. So werden derzeit 76 % der als Tierfutter eingesetzten Ölkuchen in die EU importiert. Bei Fischprodukten kann sich die EU derzeit nur zu 14 % selbst versorgen. Bei Sojabohnen, Mais, Dünger und Lebensmittelzusatzstoffen sowie Tierarznei-Vorprodukten ist die EU derzeit weltweit auf einige wenige Lieferländer angewiesen.

Daher unterstützt Oberösterreich Maßnahmen und Forschungsansätze, die dem im öö. Regierungsprogramm festgelegten Ziel gerecht werden: „Eigenversorgung mit Lebensmitteln sicherstellen und den Selbstversorgungsgrad als Krisenvorsorge ausbauen.“ Dabei wird es in Zeiten des Klimawandels EU-weit insbesondere nötig sein, Anbaugelände zu koordinieren und neue hitzeresistente Pflanzensorten zu entwickeln, die die Stabilität des Rohstoff- und Nahrungsmittelangebotes sicherstellen.

## **Regionale Produkte schützen Umwelt**

Im Zuge der Coronakrise zeigte sich in OÖ zunächst ein Anschwellen der Nachfrage nach regionalen Produkten. Mittlerweile haben die allgemeinen Teuerungen diesen Boom deutlich abgeschwächt. Daher braucht es nun weitere Initiativen zur Unterstützung heimischer Anbieter und Vermarkter.

## **Heimische Biomasse macht sicher**

Die aktuellen Entwicklungen auf dem Weltmarkt für Energie verdeutlichen: OÖ ist mit seinem Fokus auf heimische Energieerzeugung auf dem richtigen Weg. Regionalität bringt Versorgungssicherheit. Daher müssen weiter die Potenziale der heimischen Energieträger Biomasse und Biogas voll ausgeschöpft werden.

## **Kampf gegen Lebensmittel-Verschwendung**

Oberösterreich bekennt sich zur Kreislaufwirtschaft sowie zu den Zielen der UNO im Kampf gegen Lebensmittel-Verschwendung. Bis 2030 will die UNO die im Müll landende Lebensmittelmenge halbieren. In Oberösterreich werden derzeit noch pro Kopf und Jahr 17 Kilo einwandfreie Waren weggeworfen.

# Gemeinsam gegen die Teuerungswelle

Oberösterreich hat ein klares Ziel: Leitregion für Energieeffizienz werden. Dabei zeigen Analysen des Umweltbundesamtes angesichts der derzeit laufenden Teuerungswellen, dass nachhaltiger Umgang mit Energie dem Haushalt eine Einsparung von 14–28 % der jährlichen Energiekosten bringen kann – ohne Verlust von Wohnkomfort!

Daher muss Energiesparen ein Leitthema im Herbst 2022 werden! Gemeinsam Energie sparen schafft in Zeiten der Knappheit mehr Versorgungssicherheit, gibt den Haushalten mehr finanzielle Sicherheit und schont darüber hinaus Umwelt und Klima. Komfortabel erreichbare Einsparziele zeigen sich dabei sowohl bei elektrischer Energie als auch bei Raumwärme und Wasserverbrauch.

Die Suche nach Stromfressern sollte in den Haushalten bei den größten Verbrauchsposten beginnen (Elektrogeräte, Pumpen und Heizung) sowie mit einem kritischen Blick auf den E-Herd. Dabei sollte jeweils die Energieeffizienz der Geräte kritisch beurteilt werden. Im Wasserbereich ist laut Landwirtschaftsministerium davon auszugehen, dass die pro Jahr verfügbaren Grundwasser-Ressourcen bis 2050 um 23 % abnehmen werden. Gleichzeitig steigt der Wasserbedarf in Österreich bis 2050 um 11–15 %.



# Helfen, wo Hilfe nötig ist

Verantwortungsvoll helfen heißt gezielt helfen. Dort helfen, wo Hilfe nötig ist. Eine Analyse der seit Beginn des Ukraine-Krieges anfallenden Mehrkosten der Haushalte in Oberösterreich zeigt (zum Stichtag Ende Juni) die höchsten Kostenausschläge bei der Bewältigung von Mobilität, Nahrungsmiteinkäufen und Wohnen. Daher muss dorthin auch weiterhin der Fokus von Unterstützungsmaßnahmen gerichtet werden.

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen kann Oberösterreich auf starken Fundamenten aufbauen. Erstens hat gesellschaftlicher Zusammenhalt Oberösterreich über die Jahrzehnte immer ausgezeichnet und stark gemacht. Zweitens verfügt Oberösterreich über eine starke wirtschaftliche und soziale Basis.

So kommt Oberösterreich in der aktuellen Sozialerhebung der Statistik Austria im Schnitt der Jahre 2018 bis 2020 beispielsweise auf das österreichweit zweithöchste Haushaltseinkommen und auf die österreichweit niedrigste Quote an von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bürgerinnen und Bürgern sowie auf vergleichsweise niedrige Wohnkosten.

Auf diesen Erfolgen und sozialen Zusammenhalt kann Oberösterreich jetzt beim anstehenden Weg durch herausfordernde Zeiten aufsetzen.



## Wohnplätze für Beeinträchtigte

Im Sinne des sozialen Zusammenhalts setzt das Land Oberösterreich seine Ausbauoffensive bei Wohnplätzen für Menschen mit Beeinträchtigung fort. Von 2017 bis 2022 wurden bereits 424 derartige Wohnungen neu errichtet. Bis zum Jahr 2027 kommen jährlich im Schnitt weitere 100 neue Wohnplätze dazu.

Im Budget des Landes Oberösterreich sind heuer insgesamt 526 Millionen Euro für die Behindertenbetreuung vorgesehen.



## Corona greift das Miteinander an

Ein Drittel der öö. Bevölkerung konstatiert in einer Umfrage, dass sich durch das Coronavirus das Miteinander im jeweiligen Lebensumfeld verschlechtert hat. Überdurchschnittlich oft kommt dieser Befund aus Kleingemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern (48 %) sowie aus Siedlungsräumen mit mehr als 20.000 Einwohnern (46 %).

## Junge Menschen besonders in Sorge

Dass durch Corona das Miteinander im jeweiligen Lebensumfeld schlechter geworden ist, konstatieren in der Umfrage Menschen im Alter von 16–29 Jahren absolut überdurchschnittlich (41 %). Dies lenkt den Blick auf die Notwendigkeit von Handreichungen für junge Menschen, die die derzeitigen Krisen in Form von psychischen Belastungen und Zukunftsängsten durchmachen müssen.

## Größte Hoffnungsträger sind Vereine und Feuerwehren

Wenn es um Akzente für ein neues Miteinander in OÖ geht, setzen die Menschen laut der Umfrage speziell auf Vereine (57 %) und die Feuerwehren (43 %). Dort liegen also die wichtigsten Andockpunkte bei öffentlichen Akzenten für ein neues Miteinander in Oberösterreich. Dort braucht es primär Initiativen, die Anreize und Nutzen im Ehrenamt erzeugen sowie dem Ehrenamt noch stärkere Anerkennung geben.

## Demokratie lernen und lehren

Zeiten der Krisen und Polarisierung dürfen nicht zum Nährboden für Extremisten und Staatsfeinde werden. Ein neues Miteinander und ein Gefühl von Sicherheit werden nur entstehen, wenn die bislang zumeist recht stille Mehrheit der aufrechten Demokraten die Gesellschaft und ihre Werte nachhaltig vermittelt und verteidigt. Umso wichtiger sind daher auch Demokratie-Workshops für junge Menschen in Oberösterreich.



## Oberösterreich für das digitale Zeitalter rüsten

Fake News und Cybermobbing dürfen nicht zu Spaltpilzen in unserer Gesellschaft werden. Daher müssen in Oberösterreich Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz ebenso weiter forciert werden wie Maßnahmen zur Aufdeckung und Verfolgung von Hass im Netz. Dafür sind auch die Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden entsprechend aufzurüsten.

## Neue Begeisterung für das Projekt Europa

Gerade in Zeiten der Ukraine- und Energiekrise bewährt sich die Europäische Union als Bollwerk gegen militärische Gewalt, Unmenschlichkeit und politische Erpressung. Aus diesem Stresstest muss die EU auch in den Köpfen der Menschen gestärkt hervorgehen: Die Europäische Union ist kein Bürokratie-Moloch, sondern ein starkes Projekt für Zusammenarbeit, Zusammenhalt und Frieden.

# Neues Wir-Gefühl – Starkes Land

Corona, Krieg, eskalierende Weltmärkte. Dazu bereits aufziehende Umwälzungen durch Klimaschutz und Digitalisierung. Oberösterreich steht an einer Zeitenwende. Oberösterreich ist auf dem Weg durch eine Phase, den wir als Gesellschaft nur gemeinsam schaffen werden. Das Ziel ist klar: OÖ soll gestärkt und geschlossen in der Zukunft ankommen.

Dafür müssen Initiativen gesetzt und unterstützt werden, die ein neues Wir-Gefühl erzeugen. Ein Wir-Gefühl, das derzeitige Staats-Kunden wieder zu überzeugten Staats-Bürgern macht. Ein Wir-Gefühl, das Menschen in Nöten Zuversicht, Mut und Kraft gibt. Ein Wir-Gefühl, das Menschen wieder verstärkt Verantwortung in ehrenamtlichen Funktionen übernehmen lässt. Ein Wir-Gefühl, das Aufwieglern in Form demokratischer Überzeugungen die Stirn bietet.

Wir brauchen auch auf politischer Ebene einen neuen Geist der Zusammenarbeit. Zusammenarbeit und Zusammenhalt haben Oberösterreich immer ausgezeichnet und stark gemacht. Dieser Verantwortung müssen sich in den jetzigen Krisenzeiten alle politischen Akteure und alle Sozialpartner bewusst sein. Wer in Zeiten wie diesen Ressentiments und Unmut schürt, stärkt letztlich Kräfte, die es mit unserem Land und unserer Gesellschaft nicht gut meinen.

# Werte geben Sicherheit

Die Welt scheint für viele Menschen aus den Fugen geraten zu sein. Ein winziges Virus zwingt globale Systeme wiederkehrend in die Knie. Plötzlich werden unschuldige Menschen mitten in Europa wieder im Krieg getötet. Die kurzfristige Energieversorgung Österreichs steht in Frage. Eskalierende Weltmärkte fressen Löcher in die Geldtaschen.

In dieser epochalen Zeitenwende sind viele Menschen voller Zukunftsängste und ohne Orientierung. Gerade jetzt braucht es daher seitens der Politik Klarheit in Entscheidungen und Kommunikation. Sicherheit in den Entscheidungen auf Basis fester Grundwerte. Auf Basis jener Grundwerte, die unser Land über Jahrzehnte zum Erfolgsmodell gemacht haben. In Zeiten wie diesen dürfen Populismus und Panik nicht dazu führen, Grundwerte unserer Gesellschaft über Bord zu werfen. All das, was unser Land ausgezeichnet und stark gemacht hat, wird unser Land wieder auszeichnen und stark machen.

Die Grundwerte unserer Gesellschaft geben wichtige Leitlinien für Festlegungen sowie den Menschen in unserem Land Orientierung und Sicherheit. Dieser Weg ist daher der richtige Weg auch im Eintreten gegen Extremisten und Feinde unserer Demokratie. So werden Zuversicht, Mut und Kraft entstehen.

## Verteilen statt verschütten

Die ÖÖVP steht für Sozialpolitik und sozialen Zusammenhalt nach dem christlich-sozialen Grundgedanken: Viele Menschen brauchen in diesen Krisenzeiten Hilfe und Unterstützung. Diese Hilfe muss immer zielgerichtet verteilt und darf nicht verschüttet werden. Dieser Hilfe muss möglichst eine Eigenleistung oder Bemühen gegenüberstehen.

## Rückversicherung, aber keine Vollkasko

Wir als Gesellschaft, wir als Gemeinschaft der Steuerzahler wollen für die Menschen Partner sein. Wir wollen ihnen Halt geben, ihnen aber auch beim Gehenlernen helfen. Wir sind als Gesellschaft somit Rückversicherung, aber keine Vollkaskoversicherung. Weiterhin muss also gelten: Der Staat soll nicht alles, der Staat darf nicht alles und der Staat kann auch nicht alles!

## Blick auf die Nachbarschaft

Sozial und hilfsbereit macht nicht der Euro, sozial und hilfsbereit macht zunächst das Da-Sein. Und dieses Da-Sein muss in diesen Zeiten oft unserem unmittelbaren Nachbarn in Not gelten. Gerade jetzt ist Not im Land oft gleich jenseits des Gartenzaunes zu finden. Wir müssen daher in unseren Lebensräumen, Familien und Gemeinden hinschauen, hinhören und uns dort helfend hinwenden.

## **Den Markt abfedern, nicht abschaffen**

Der Markt hat über die Jahrzehnte Wohlstand und Arbeit gebracht. Die Marktwirtschaft ist das globale Erfolgsmodell, die Planwirtschaft gescheitert. Nicht der Markt ist jetzt das Problem! Putin und Corona sind das Problem. Gegen die Probleme angehen heißt nicht, den Markt abschaffen, sondern heißt, den Markt abfedern. Ganz im Sinne der Ideale einer ökosozialen Marktwirtschaft.

## **Leistung ist immer gefordert**

Leistung war noch nie der falsche Ansatz. Schon gar nicht, wenn es darauf ankommt, Oberösterreich wieder stark zu machen. Wer hätte Oberösterreich nach dem Krieg aufgebaut, hätten nicht Tausende Frauen und Männer in diesen Zeiten die Ärmel aufgekrempelt und angepackt? Leistung zu verlangen, ist daher keine Belästigung, sondern Einladung zum Miteinander, zum Aufbau.

## **Nachhaltigkeit ist das Gebot der Stunde**

Unsere Kinder werden in Zukunft Spielräume brauchen, um dieses Land weiterzuentwickeln und um in ihrer Generation wieder helfen zu können. Raubbau an der Umwelt ist ein Vergehen an den Kindern. Raubbau an den Finanzen ist ebenso ein Vergehen an den Kindern. Schulden haben noch nie Chancen gebracht, Schulden haben vielmehr immer Menschen um ihre Zukunft gebracht.

## **Sicherheit geht alle an**

Umfassende Landesverteidigung ist mehr als ein leistungsfähiges Heer und eine starke Polizei: Wir alle haben Verantwortung, Österreich und seine Werte zu verteidigen. Jeder und jede Einzelne muss seinen Haushalt und Familie krisenfest machen. Jeder und Jede muss in seinem Lebensumfeld die Grundwerte der Demokratie hochhalten. Jeder und Jede ist Teil der Landesverteidigung und des Zusammenhalts.

## **Land der Arbeit und der Produktion**

Wir dürfen jetzt auch wirtschaftspolitisch nichts über Bord werfen, was uns immer stark gemacht hat. Oberösterreich ist als Land der Arbeit und Produktion stark geworden. Oberösterreich wird nur als Land der Arbeit und Produktion wieder stark werden. Daher machen wir Klimaschutz durch Arbeit und Produktion, nicht Klimaschutz statt Arbeit und Produktion.

## Neue Regeln für neue Zeiten

In der EU müssen neue Asyl-Regelungen festgelegt werden. Regelungen, die den neuen Dimensionen der Migration gerecht werden und nicht mehr auf Ausgangsdaten beruhen, die überholt sind. Es braucht einen internationalen Blickwinkel (inklusive von Schutzsystemen in Transitstaaten) anstatt der derzeit sehr stark regionalen Betrachtungsweise.

## Asyl ist Schutz auf Zeit

Ein System der Nothilfe wie Asyl kann nur nachhaltigen Bestand haben, wenn auf Phasen der Belastung Phasen der Entlastung folgen. Daher muss das Grundprinzip von Asyl wieder stärker in den Vordergrund rücken: Asyl ist Schutz auf Zeit und nur Schutz aufgrund von Verfolgung. Asyl ist nicht das Eingangstor für Menschen auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen.

## Sonderfall darf nicht Regelfall werden

Im Sinne der Nachbarschaftshilfe hat die EU kriegsgeplagten Menschen aus der Ukraine unbürokratisch Aufenthalt und Unterstützung gewährt. Diese humanitäre Ausnahmeleistung der Staaten Europas darf nicht zum Regelfall werden. Auch der EUGH hält in einem richtungsweisenden Urteil fest, dass selbst bei Massenzustrom die Dublin-Regeln einzuhalten sind.

## Strafe für Durchwinken

Lastenverteilung und Ordnung in der EU heißt jetzt: konsequente Umsetzung der Dublin-Regeln und im Fall einer Einleitung des Asyl-Verfahrens Zuweisung an einen Aufnahmestaat. Zudem müssen jene Mitgliedsstaaten sanktioniert werden, die Migranten bewusst und ohne Registrierung in andere Mitgliedsstaaten weiterwinken.

### **Schnellere Verfahren**

Die derzeitige Migrationswelle ist gekennzeichnet durch einen großen Zustrom von Menschen aus Regionen abseits lodender Krisenherde. Dies gilt mit Blick auf den Zustrom nach Österreich insbesondere für Menschen aus Tunesien, Pakistan, Indien, Marokko, Türkei und Ägypten. Für Migranten aus Staaten mit geordnetem Rechtszugang darf es nur mehr Schnellverfahren geben.

### **Migration als strategische Waffe**

Bei der Neuausrichtung ihrer Asyl-Politik muss die EU ein entscheidendes Faktum mit ins Kalkül ziehen: Staaten wie Russland scheuen nicht davor zurück, selbst oder mit Hilfe Verbündeter Migration als Instrument zu Destabilisierung Europas in Stellung zu bringen. In diesen Fällen braucht es die geeinte und konsequente Haltung aller EU-Staaten gegen Migration als strategische Waffe.

### **Entlastung durch Rückkehr**

Asyl ist Hilfe in der Not. Daher braucht es Mechanismen, die Asyl bei Normalisierung der Lage rasch beenden. Zudem müssen sichere innerstaatliche Fluchtmöglichkeiten sowie sichere Transitländer viel konsequenter aufgezeigt werden. Auch Rückkehrabkommen müssen forciert werden. Staaten, die gegenüber der EU ein Abkommen verweigern, müssen politisch und finanziell sanktioniert werden.

# **Asyl ist kein Schutz auf Dauer**

Österreich und Oberösterreich sehen sich der nächsten Migrationswelle gegenüber. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Ankünfte illegaler Migranten an den Außengrenzen der EU. Auch in Österreich ist ein massiver Anstieg der Asylanträge zu verzeichnen. Innerhalb der EU liegt Österreich bei den Asyl-Anträgen schon auf Platz 2.

Daher tritt die OÖVP für entschiedene Maßnahmen ein, Österreich und Oberösterreich vor einer Überforderung zu bewahren und in Europa zu einer konsequenten Umsetzung geltender Regelungen zu kommen. Gleichzeitig muss es in der EU zu einer Anpassung der Asyl-Regelungen an die neuen Verhältnisse kommen – wobei insbesondere einzukalkulieren ist, dass der Klimawandel zu einem dauerhaften Auslöser von Migrationsbewegungen werden wird.

Derzeit gilt in der EU das Dublin-Prinzip, wonach für ein Asyl-Verfahren jener Mitgliedsstaat zuständig ist, über dessen Außengrenze ein Migrant in die Union gekommen ist. Dieses Dublin-Prinzip muss wieder zum Grundprinzip der EU werden. Dies erfordert die konsequente Überwachung der EU-Grenzen und eine durchgängige Registrierung. Auf Sicht muss es ein integriertes Grenzverfahren geben: Frontex direkt an der Grenze, Asyl-Stelle direkt an der Grenze und Rückführung abgelehnter Asylwerber von der Grenze weg.

## **IMPRESSUM**

SP 02Z033367S, Sponsoring.Post, Broschüre Schutz und Sicherheit. Für Oberösterreich 2/2022; Medieninhaberin/Herausgeberin: Oberösterreichische Volkspartei, Obere Donaulände 7, 4020 Linz, Verlagsort: 4020 Linz, Herstellungsort: 4615 Holzhausen, Hersteller: Birner Druck GmbH, Redaktion: ÖÖVP, Obere Donaulände 7, 4020 Linz Fotos: © stock.adobe.com  
Hinweis nach § 25 (1) MedienG: Sonstige Angaben nach § 25 (2-4) MedienG sind unter der Web-Adresse <http://ooevp.at/impressum> auffindbar.